

Wie es zum Zusammenbruch der Berliner Beamtenvereinigung kam

In den Kammersälen fand gestern eine überaus stark besuchte Versammlung der Berliner Beamtenvereinigung statt, die durch ihre führenden Mitglieder dem wirtschaftlichen Ruin nahegebracht worden ist. Für das Defizit, das etwa 2 Millionen Mark beträgt, werden nun wahrscheinlich die Mitglieder herangezogen werden. Die Versammlung brachte Aufschluß über die beispiellose Leichtfertigkeit der Geschäftsführung, der das ungeheure Defizit zu danken ist.

Der Bericht des Gläubigerausschusses, der in seinem allgemeinen Teil von dem Geh. Oberfinanzrat Schäfer erteilt wurde, löste in der Versammlung sehr lebhaftes Zureden aus. Für den Zusammenbruch machte Schäfer in seinem Bericht drei Hauptgründe verantwortlich. Einmal die Leichtfertigkeit der Geschäftsführung, ferner den Mangel einer geordneten Buchführung und außerdem die unglaubliche Vertrauensseligkeit aller Beteiligten, auch der Mitglieder. Bis 1923 kam die Beamtenvereinigung den statutarischen Vorschriften, die ihr nur erlaubten, Gelder mündelicher anzulegen, vollkommen nach.

Der Nagel zum Sarge der Beamtenvereinigung wäre die Beamtenhandelsbank A.-G. gewesen, die die Beamtenvereinigung zur Durchführung ihrer bankgeschäftlichen Transaktionen gegründet hätte. In diese Bankvereinigung seien nach und nach Kredite in Höhe von 2,2 Millionen geflossen, und diese Kredite wären von der Bank in ganz leichtsinniger Weise weiter verliehen worden. In erster Linie sei damit ein vollkommen unrentables Fahrradunternehmen finanziert worden, und außerdem hätte man eine Geschäftsverbindung mit einem Gutsbesitzer angeknüpft, dem eine Hypothek an vierter Stelle gegeben worden sei. Die Beamtenvereinigung habe an Aktiva 2 Millionen, an Passiva 4 Millionen Mark. Das Gut, das außerordentlich modern eingerichtet wäre, aber zur Zeit gegen einen lächerlich niedrigen Pachtzins verpachtet worden sei, habe die Beamtenvereinigung erwerben müssen. Sie suche dieses Gut natürlich wieder loszuschlagen, das sei aber jetzt außerordentlich schwierig. Die Fahrradwerke arbeiteten unrentabel. Sie würden von dem jetzigen Direktor, der erst kurze Zeit im Amte sei, mit 200 Mark pro Fahrrad eingeschätzt, und es sei zweckmäßig, diese Fahrradwerke, um weitere Verluste zu vermeiden, sobald als möglich stillzulegen.

Das einzige Aktivum der Beamtenvereinigung sei eine Zeitschrift, die vom Berliner Kriegerdank, einer Wohlfahrtsvereinigung des Berliner Beamtenums, sehr rentabel bewirtschaftet worden sei. Die Beamtenzentralbank sei bereit, diese Zeitschrift zu übernehmen und der Beamtenvereinigung jährlich einen Zuschuß von 75 000 Mark für diesen Ankauf der Zeitschrift

zu zahlen. Als einzige wirkliche Sanierungsmöglichkeit käme die Selbsthilfe in Frage. Es müßte statutarisch festgelegt werden, daß jedes Mitglied eine einmalige Umlage bis zu 150 Mark zu zahlen habe. Die Reichsregierung habe sich bereit erklärt, denjenigen ihrer Beamten, die nicht im Besitz der 150 Mark seien, diesen Betrag zinslos als Vorschuß zu geben.

hnhoffplatz, und den Sager...

Sanierungsvorschläge für die Beamtenvereinigung.

ner Beamtenvereinigung.
h in der Hauptsache Berliner Beamte,
Privat- und Geschäftsleute, ins-

gesamt 8000 Mitglieder, angehören, hat bekanntlich ihre Zahlungen eingestellt. Dem Gläubigerausschuß wurde vom Geh. Oberfinanzrat Schäfer Bericht erteilt, der in einer dazu einberufenen Versammlung sehr lebhaftes Zureden auslöste. Für den Zusammenbruch machte der Berichtstatter drei Hauptgründe verantwortlich: die Leichtfertigkeit der Geschäftsführung, Mangel einer geordneten Buchführung und die Vertrauensseligkeit aller Beteiligten, auch der Mitglieder. Bis 1923 wäre die Beamtenvereinigung den statutarischen Vorschriften nachgekommen. Der Nagel zum Sarge der Beamtenvereinigung wäre die Beamtenhandelsbank A.-G. gewesen, die die Beamtenvereinigung zur Durchführung ihrer bankgeschäftlichen Transaktionen gegründet hätte. In diese Bankvereinigung seien nach und nach Kredite in Höhe von 2,2 Millionen geflossen, und diese Kredite wären von der Bank in ganz leichtsinniger Weise weiter verliehen worden. In erster Linie sei damit ein vollkommen unrentables Fahrradunternehmen finanziert worden, und außerdem hätte man eine Geschäftsverbindung mit einem Gutsbesitzer angeknüpft, dem eine Hypothek an vierter Stelle gegeben worden sei. Das

einziges Aktivum

der Beamtenvereinigung sei eine Zeitschrift. Die Beamtenzentralbank sei bereit, diese Zeitschrift zu übernehmen und der Beamtenvereinigung jährlich einen Zuschuß von 75 000 Mark für diesen Ankauf der Zeitschrift zu zahlen. Als einzige wirkliche Sanierungsmöglichkeit käme die Selbsthilfe in Frage. Es müßte statutarisch festgelegt werden, daß jedes Mitglied eine einmalige Umlage bis zu 150 Mark zu zahlen habe. Die Reichsregierung habe sich bereit erklärt, denjenigen ihrer Beamten, die nicht im Besitz der 150 Mark seien, diesen Betrag zinslos als Vorschuß zu geben. Die Ausführungen fanden den Beifall der Versammlung.

Es wurde ein neuer Vorstand gewählt, an dessen Spitze der bisherige Vorsitzende des Gläubigerausschusses, Geh. Oberfinanzrat Schäfer, gestellt wurde.

31.7.29